

## Teufel geht auf Distanz zu Kanzler Kohl

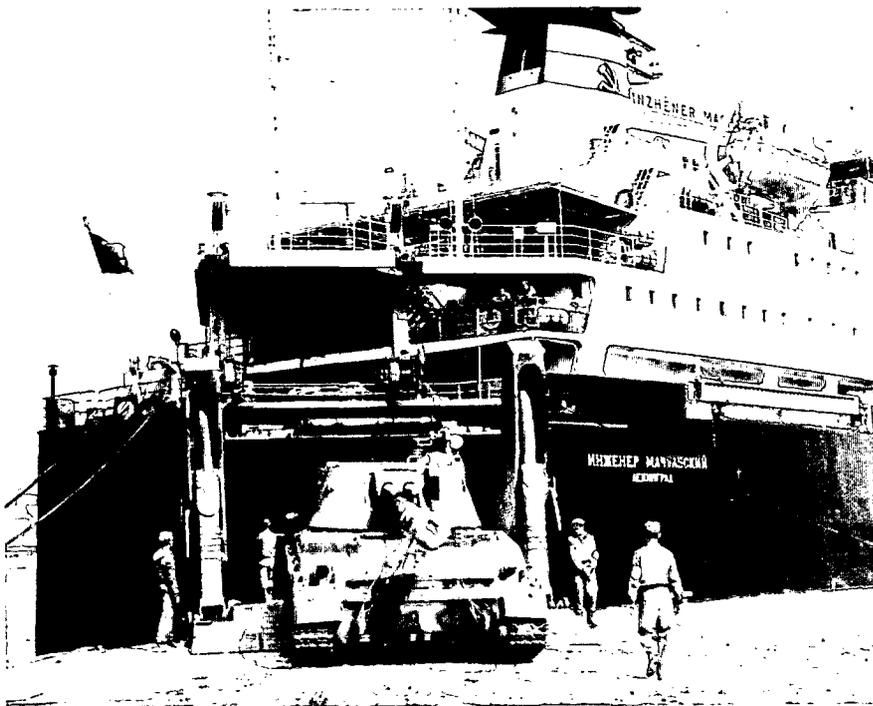
Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel benennt sich auf die Taktik seines Vorgängers Lothar Späth: Auch er will seinen Landtagswahlkampf 1992 gegen Bonn führen. Der „letzte CDU-Ministerpräsident in den alten Bundesländern“ (Teufel) geht damit demonstrativ auf Distanz zu Helmut Kohl.

Mit seinen engsten Beratern hat Teufel in der vorigen Woche Thesen erarbeitet, die er demnächst im eigenen Land, aber auch aktuell im niedersächsischen Kommunalwahlkampf vertreten will. Tenor: Das Heil der CDU kommt nicht aus Bonn.

Die Erneuerung der Partei müsse „aus den Kommunen und aus den Bundesländern“ vorangebracht werden. Diese müßten auch „die Bundespartei wieder in Form bringen“. Das vom Kanzler nach der verlorenen Landtagswahl in Rheinland-Pfalz benutzte Wort „Durststrecke“ könne „er nicht mehr hören“, schreibt Teufel. „Weder leben wir in der Wüste, noch ist die CDU eine Karawane – und die Oasen, die besseren Zeiten kommen auch nicht von selbst.“ Teufel widerspricht Kohls Behauptung, wichtig sei allein die Bundestagswahl 1994: „Wir können nicht nur auf die nächste

Bundestagswahl setzen und Wahlniederlagen in den Ländern hinnehmen.“ Teufel beklagt die „Erosion der Mitgliederbasis“ und bekräftigt den – von Kohl gerügten – Befund des CDU-Generalsekretärs Volker Rühle, der Zustand der Partei sei „katastrophal“: Es sei bekannt, daß die CDU insbesondere von Jugendlichen und Frauen nur noch wenig geschätzt werde.

Nachdrücklich verlangt Teufel von der Bundesregierung mehr „Wahrheit“ – eine Lehre aus der Steuerdebatte im Bundestagswahlkampf 1990. Die Deutschen hätten damals durchaus „die Wahrheit verkräftet“ und darauf gewartet, „daß Regierung und CDU sie auf ihre Solidaritätsbereitschaft ansprechen“. Der „Mißtrauensvorschuß“ sei nur zu überwinden, wenn „wir den Bürgern mit einem Vorschuß an Vertrauen“ begegnen. Teufel: „Wir, die CDU in den Kommunen und in den Ländern, erwarten von der Bundesregierung eine klare und verbindliche Aussage, was an zusätzlichen Belastungen auf die Bürger bis 1994 zukommt.“ Teufel vermißt „Prinzipientreue“, „Visionen“ und verlangt „mehr als nur die Umsetzung von Meinungsumfragen“.



Abtransport sowjetischer Panzer (in Rostock)

### Schneller Rückzug

Der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der ehemaligen DDR geht schneller voran als geplant. Bereits Ende Juni hatten die Sowjets 1224 Kampfpanzer heimgeschafft – mehr als bis Ende des Jahres vorgesehen. Auch das für 1991 vereinbarte Kontingent an Flugzeugen – 130 Jäger und Bomber – ist schon zurückgeflogen. Von den 150 000 Sowjets, die in diesem Jahr Ostdeutschland verlassen sollen, waren Ende Juli schon mehr als zwei Drittel daheim. Ange-

sichts der überraschenden Geschwindigkeit, mit der die Sowjetarmee ihren Rückzug durchführt, rechnet das Bonner Verteidigungsministerium damit, daß die letzten Soldaten 1993 – ein Jahr früher als vereinbart – Deutschland verlassen werden. Der Hintergrund: Polen verlangt den Abmarsch der Sowjetarmee bis zum Jahresende 1993. Moskau hat die Regierung in Bonn inoffiziell wissen lassen, deshalb würden Gerät und Soldaten so schnell wie möglich auch aus der ehemaligen DDR abgezogen.

### Blockade aus Bayern

Die bayerische CSU blockiert noch immer die Einigung über den Nachbarschaftsvertrag mit der Tschechoslowakei. Ein vertrauliches Gespräch der Koalitionsspitzen bei Bundeskanzler Helmut Kohl blieb am Mittwoch voriger Woche ergebnislos, weil die CSU – unter dem Druck sudetendeutscher Vertriebenenfunktionäre – daran festhielt, Entschädigungsforderungen in Millionenhöhe an die ČSFR in den Vertrag aufzunehmen. Die Regierung in Prag lehnt dieses Ansinnen strikt ab. Experten des Bonner Auswärtigen Amtes hatten bereits beim deutsch-polnischen Vertrag vor einer entsprechenden Regelung gewarnt: Vermögensrechtliche Ansprüche sollten stets außerhalb von staatlichen Verträgen geregelt werden. Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der im Oktober in Prag erwartet wird, ist über das Koalitionsgerangel verärgert. Er befürchtet, daß seine Visite von den Vertragsquerelen belastet wird – „kein günstiges Omen für die künftigen Beziehungen“, heißt es im Präsidialamt. Wegen des internen Bonner Streits gibt es noch keinen Termin für die Fortsetzung der Verhandlungen mit Prag.

### Opfer im Funkhaus

Dem Intendanten des Deutschlandfunks, Edmund Gruber, steht die Kündigung bevor – eine Folge der deutschen Vereinigung. Sein Kollege vom Rias in Berlin, Helmut Drück, ist bereits – Termin: Ende dieses Jahres – abberufen worden. Beide Radiostationen wurden

bisher als sogenannte Wiedervereinigungssender von der Bundesregierung unterhalten. Jetzt unterstehen sie den Ländern und sollen künftig von einer Gemeinschaftseinrichtung von



Gruber, Drück

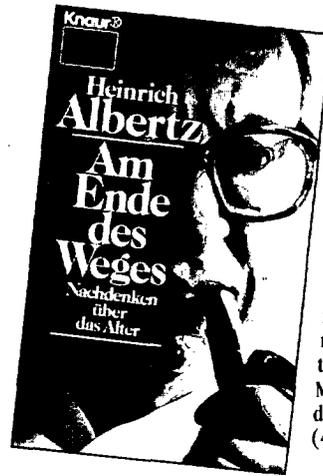
ARD und ZDF in Köln verwaltet werden. Die Staatskanzleien der Länder „gehen davon aus“, daß damit Gruber und Drück „als Intendanten nicht mehr benötigt werden“. Weitaus mehr Opfer fordert die deutsche Vereinigung bei den 5300 Beschäftigten von Funk und Fernsehen der ehemaligen DDR. Ihnen geht in diesem Monat die Kündigung zu. Noch ist nicht abzusehen, wie viele Mitarbeiter zum Jahresende von den neuen Rundfunksendern in Ostdeutschland übernommen werden.

## Vertrauliche Kritik

Amerikanische Militärpiloten, die über deutschem Boden in ein Flugzeugunglück verwickelt sind, müssen offenbar nicht mit Konsequenzen rechnen. Das beklagte vergangene Woche der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber (SPD) in einer vertraulichen Sitzung des Innenausschusses. Der Fall: Am 5. Juni 1990 hatte ein US-Kampfbomber vom Typ F-16 in der Nähe von Unkenbach bei Kaiserslautern ein Segelflugzeug gerammt. Der 60jährige Hobbypilot kam dabei ums Leben, das Militärstrafverfahren gegen den F-16-Piloten stellten die US-Behörden ein. Begründung: mangelndes Verschulden. Zu einem ganz anderen Ergebnis kam jedoch der Unfalluntersuchungsbericht der 17. US-Luftflotte: Danach ist der 833 Stundenkilometer schnelle Bomber seiner „Ausweichpflicht“ gegenüber dem wesentlich langsameren Segelflieger nicht nachgekommen und hat so die geltenden Sichtflugregeln verletzt. Angesichts dieser Fakten sei die Einstellung des Verfahrens „unverständlich“, meinte Zuber. Bislang hat der Mainzer Innenminister jedoch darauf verzichtet, seine Kritik öffentlich zu äußern und damit die Amerikaner womöglich zu verärgern.

# Knauer®

## Neue Taschenbuch-Bestseller



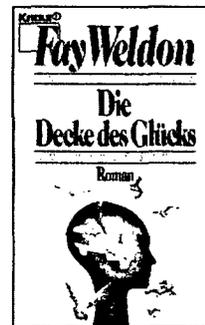
Heinrich Albertz, der bewußt unter alten Menschen in einem Wohnheim in Bremen lebt, denkt in diesem Buch über das Alter nach und schreibt die Erfahrungen eines alt gewordenen Mannes nieder. Ein sehr menschliches, geschicktes Buch über das Alter. Mehr als 6 Monate auf der Bestsellerliste. (4820) DM 9,80



Die große farbige Lesetour ins Mittelalter, die sich wie ein Stück aus 1001 Nacht liest. (2955) DM 16,-



Ein witziger, kritischer Frauenroman über drei Generationen hinweg. Eine Hymne an das Leben. (8064) DM 12,80



Erst mit vierzig Jahren gelingt Praxis Deeven noch einmal ein Neuanfang, der ihrem Leben eine dramatische Wende gibt... (3300) DM 9,80



Apel nimmt kein Blatt vor den Mund, schon sich allerdings selbst auch nicht. Monatlang auf der Bestsellerliste! (4832) DM 14,80



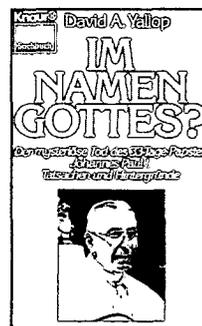
Kein sowjetischer Politiker versteht es, so klar die wunden Punkte der Reformpolitik Gorbatschows zu benennen wie Jelzin. - Die Welt (4841) DM 12,80



Das Buch von Martin Wein vermittelt durch seine Fülle von (zum Teil bislang unbekannt) Details Zeitkolorit deutscher Geschichte. - Die Zeit (2417) DM 14,-



Die streitbare Theologin zum Verhältnis der Kirche, zu den Frauen und zur Sexualität. (4079) DM 14,-



Die Verstrickungen des Vatikans in die internationale Finanzwelt. (3812) DM 14,80



Vier Naturwissenschaftler geben in diesem Buch einen Überblick über die Lage beim atomaren Abfall. (4088) DM 12,80